Beschluss (vorläufig) Digitalisierung

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 21.11.2019

Antragstext

Wir setzen uns für einen umfassenden Ausbau der digitalen Verwaltung ein, damit unsere Bürger*innen nicht mehr auf dem Amt warten zu müssen, sondern ihre Anliegen bequem und schnell online erledigen zu können. Seit 2003 ist die Stadt Nürnberg dabei, analoge Vorgänge von Papier umzustellen, und hat bereits 400 Verfahren digital bereitgestellt. Dazu werden wir uns dafür einsetzen, dass mehr und mehr Verfahren online abgebildet werden können und wir diese zur einfachen Auffindbarkeit und Bedienbarkeit in einem „Digitalen Bürger*innenamt“ bündeln und auf einer nutzer*innenfreundlichen Oberfläche zusammenführen. Wir wollen die Menschen aber nicht in eine digitale Welt zwingen. Deshalb muss es in der Verwaltung weiterhin persönliche Ansprechpartner*innen geben.

Um auch die internen Verwaltungsvorgänge besser und reibungsfreier abwickeln zu können, setzen wir dabei nicht nur auf technische Maßnahmen, sondern stoßen einen Change-Management-Prozess in der Verwaltung an, um die Mitarbeiter*innen auch entsprechend zu befähigen und zu unterstützen.

Die digitale Vernetzung unserer Wirtschaft und Gesellschaft hat gleichzeitig auch großes Potenzial für mehr Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Von Videokonferenzen statt CO2-intensiver Reisen über intelligente Stromnetze bis zu vernetzter nachhaltiger Mobilität. Die Digitalisierung kann unseren Energieverbrauch verringern, die Energiewende beschleunigen und die Verkehrswende vorantreiben. Dafür wollen wir Grüne uns in der Stadt Nürnberg einsetzen, damit das Potenzial der Digitalisierung gehoben und die Ökoeffizienz in Verwaltung und Unternehmen gefördert wird.

Wir wollen auch die digitale Modernisierung der IT innerhalb der Stadtverwaltung vorantreiben. Zur deren nachhaltiger Umsetzung setzen wir uns in der öffentlichen Verwaltung für größtmögliche „digitale Resilienz“ ein: Darunter verstehen wir unter anderem, die Kontrolle über die eigene Soft- und Hardware zu haben und zu behalten. Open-Source-Lösungen können zudem ein guter Weg sein, um nicht den Herstellerlaunen von Großkonzernen ausgeliefert zu sein.

In den Schulen soll die Digitalisierung eine angemessene Rolle spielen. Entscheidend dafür sind eine funktionierende Hardware, die Unterstützung durch medientechnisches Fachpersonal und die kontinuierliche Weiterbildung der Lehrkräfte, damit sie die Schüler*innen bei der vernünftigen Nutzung digitaler Medien begleiten können.

Wir unterstützen selbstverwaltete Projekte wie FabLabs, Maker Spaces und Repair Cafés, welche die eigenständige Auseinandersetzung mit Hard- und Software sowie nachhaltige Technologieanwendung ermöglichen.

Wir Grüne wollen freies W-LAN in der gesamten Innenstadt und großflächig im gesamten Stadtgebiet, sowie in den Behörden und im ÖPNV umsetzen. Wir wollen intelligente Technik einsetzen, um den Straßenverkehr sicherer für Fußgänger*innen zu machen, z.B. „intelligente“ Straßenlaternen, die sich nur bei

Bedarf einschalten, und intelligente Poller, die die Altstadt zur Einfahrt nur für Anwohner*innen und andere Berechtigte freigeben.

Wir fordern die Erweiterung der städtischen Informationsfreiheitssatzung zu einer Transparenzsatzung, bei welcher alle von der Satzung betroffenen Dokumente automatisch veröffentlicht werden. Auch nützliche Daten zum öffentlichen Leben sollten für die Bürger*innen zugänglich sein.

Auf der anderen Seite braucht die Digitalisierung stromintensive Rechenzentren und die vielen Geräte der Verbraucher*innen und des Internet der Dinge brauchen Strom. Dafür wollen wir eine städtische „Green-IT-Strategie“ initiieren. Als wichtigen Hebel für die ökodigitale Transformation brauchen wir daher ein Null-CO2-Ziel für die IT der städtischen Behörden und Einrichtungen.

Nach dem Grundsatz „private Daten schützen, öffentliche Daten nützen“ setzen wir uns dafür ein, dem Datenschutz und der Privatsphäre unserer Bürger*innen höchste Priorität einzuräumen und lehnen daher die schrankenlose Ausweitung der Videoüberwachung strikt ab. Den Abruf öffentlicher Daten möchten wir hingegen vereinfachen, indem wir die Informationsfreiheitssatzung der Stadt Nürnberg zu einer Transparenzsatzung aufwerten und die entsprechenden Daten als „Open Data“ maschinenlesbar bereitstellen.

Schlüsselprojekt städtische Transparenzsatzung

Die Informationsfreiheitssatzung der Stadt Nürnberg muss:

1. zu einer Transparenzsatzung ausgeweitet werden, unter welcher alle städtischen Informationen, die aktuell schon von der IFS erfasst sind, in Zukunft maschinenlesbar frei zugänglich sind.

2. auf alle in städtischer Hand befindlichen Unternehmen ausgeweitet werden. Dies beinhaltet die Veröffentlichung der vorliegenden Informationen sowie das Umsetzen eigener Transparenzsatzungen in diesen Unternehmen.